

Antrag Nr. 24-F-63-0014

Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt

Betreff:

Gewalt in der Geburtshilfe
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 28.02.2024 -

Antragstext:

Ein Kind zu bekommen gehört für viele Eltern zur schönsten Erfahrung im Leben. Sie sollte geprägt sein von dem Vertrauen, während Schwangerschaft, Geburt und der Zeit danach sicher und gut betreut zu werden. Aufgrund von Personalmangel im Bereich der Krankenpflege, vor allem auch bei den Hebammen, kommt es aber leider immer wieder zu Situationen, in denen Gebärende bei der Geburt Gewalt erfahren. Gewalt in der Geburtshilfe kommt vor.

Diese kann sowohl auf körperlicher, als auch auf psychischer Ebene passieren. Zur körperlichen Gewalt zählen Eingriffe, die explizit nicht mit der Gebärenden abgesprochen werden - oder die (hinterher) nicht erläutert werden. Zum Beispiel ein Dammschnitt, ein Kaiserschnitt, Injektionen, das Fixieren der werdenden Mutter, das Nähen ohne Betäubung, oder auch: nicht essen oder trinken dürfen.

Zur psychischen Gewalt zählen unter anderem das Nicht Ernst nehmen, allein lassen, anschreien, die mütterliche Eignung in Frage stellen, herablassende Kommentare oder Vermitteln von Zeitdruck. Seit 2011 wird durch die Aktion „Roses Revolution“ auf das Thema Missachtung und Gewalt in der Geburtshilfe bzw. Gewalt während der Geburt aufmerksam gemacht. Wieso kommt es überhaupt zu Grenzüberschreitungen?

Ein Problem ist der bereits erwähnte Hebammenmangel: Dass eine Hebamme überlastet und mit zu vielen Gebärenden gleichzeitig befasst ist, scheint symptomatisch für die deutsche Geburtshilfe. Der Deutsche Hebammenverband sieht daher vor allem strukturelle Gründe als Ursache für Gewalt. So kann zum Beispiel die Betreuung durch eine Beleghebamme, die die Schwangere schon vor der Geburt kennt und dann auch bei der Geburt bei sich hat, der Frau einen vertrauten Rahmen geben. Insgesamt ist eine ausreichende Ausstattung der Krankenhäuser mit Hebammen eine wichtige Voraussetzung für eine selbstbestimmte, gewaltfreie Geburt.

Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Antrag Nr. 24-F-63-0014

Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wo gibt es Beratungsstellen für Mütter nach einer traumatischen Geburt (psychologische Unterstützung) in Wiesbaden?
2. Die Möglichkeit, diese psychologische Unterstützung auf der Webseite der LHW unter der Kategorie (Unterstützung bei Schwangerschaft und Geburt) aufzuführen, z.B. unter Verweis auf das Angebot des Frauengesundheitszentrums Sirona oder des Hilfef Telefons des Vereins Mother Hood
3. Wie viele Belegverträge unterhalten die Kliniken in Wiesbaden mit Begleit-Beleghebammen aktuell? Gibt es außerhalb der Belegbettenregelung Wege, eigene Hebammen zur Geburt in eine Klinik mitzubringen? Wie ist die aktuelle Versorgung?

Wiesbaden, 28.02.2024

Nele Siedenburg
Fachsprecher, B90/Grüne

Julia Seidel
Fraktionsreferentin, B90/Grüne

Sabine Ludwig-Braun
Fachsprecherin, SPD

Juliane Maltner
Fraktionsreferentin, SPD

Mechthilde Coigné
Fachsprecherin, Die Linke

Ingo von Seemen
Fraktionsgeschäftsführer, Die Linke

Janine Maria Vinha
Fachsprecherin, Volt

Simone Winkelmann
Fraktionsreferentin, Volt